

Herborner Tageblatt.

Herborner Anzeiger.

Amtsblatt der Stadt Herborn.

Herborner Zeitung.

Er erscheint an jedem Werktag.
Bezugspreis: Vierteljährlich 4.50 Mk. ohne Frangierlohn.

Druck und Verlag:
J. M. Beck'sche Buch- und Kunstdruckerei, Herborn.

Inserate: Kleine Beilage 40 Pfg.
Fernruf 20. - Postfachkonto: Frankfurt/M. No. 17510.

Nr. 51.

Herborn, Montag, den 1. März 1920.

77. Jahrgang.

Stimmungswechsel.

Vor dem Reichstag in Berlin wurden Hochrufe ausgebracht. Sie galten? Dem früheren Reichskanzler v. Bethmann Hollweg, der soeben mit Herrn Erzberger vor Gericht die Ringe gekreuzt hat. Diesen Stimmungswandel hat sich der Schloßherr von Hohenhausen gewiß nicht träumen lassen, als er im Sommer 1917 das Bismarckhaus in der Wilhelmstraße räumen mußte. Damals trauerten allenfalls die Fortschrittler, halb und halb wohl auch die Sozialdemokraten und die nicht rechtslos mit dem Vater der Justirevolution marschierenden Zentrumskräfte um den Fortgang dieses ersten Kriegskanzlers, die Wälder dagegen im allgemeinen und die rechtsstehenden Parteien im besonderen jubelten laut und unverholen über diese entscheidende Wendung unserer inneren Lage, weil sie von ihr eine größere Festigkeit unserer gesamten militärischen und politischen Führung erhofften. Sie sind sehr bald schwer genug enttäuscht worden — die Räder der Regierung glitten immer mehr von der verantwortlichen Reichsleitung zu den Mehrheitsparteien hinüber, ein Kanzler löste den andern ab, das parlamentarische System wurde eingeführt, bis der Novemberumsturz Kaiser und Reich unter sich begrub.

Deute wird Abrechnung gehalten über die treibenden Kräfte, die hinter den Kulissen diese schicksalsschwere Bewegung eingeleitet hatten — und siehe da: manchen Zuhörern des Helfferich-Prozesses erscheint Bethmann Hollweg als der Held, dessen Sturz durch einen parlamentarischen Macher ihnen jetzt im Licht eines Verhängnisses erscheint, während sie ihn früher als eine Befreiung von Schwächlichkeit und Unfähigkeit aufatmend begrüßt hatten. Auch Dr. Helfferich selbst läuft schon Gefahr, mit Vorbeeren überschüttet zu werden, während in der zu neuen Taten bereiten Nationalversammlung nur verlegene Gesichter zu beobachten sind, wo sonst, sobald der Name des Reichsfinanzministers genannt wurde, nur stolzes Vertrauen, unbedingte Zuerkennung und Unfähigkeit waren. Es hilft eben alles nichts, der Eindruck ist der, daß Herr Erzberger diesen Prozess nicht überleben kann. Von dem ersten Vorwurf, der Vermischung von Politik und Geschäft, wird er kaum freisprechen sein, wenn auch längst nicht alles bewiesen werden konnte, was sein Gegner ihm anzureden hatte. Jetzt ist man bei der Anlage der Unwahrscheinlichkeit — und sehr angesehenen Kollegen des früheren Abgeordneten, Männer aus der damaligen Staats- und Kriegszeit treten gegen Herrn Erzberger als Zeugen auf und treffen ihn in ihren Aussagen hart. Die Stimmung wechselt, das ist mit Händen zu greifen. Fragt sich nur, wie weit die neue Bewegung sich ausbreiten, wen oder was sie mit forschwemmen wird. Schon ist es so weit, daß wer noch nicht den Mut findet, offen für Helfferich Partei zu nehmen, doch sofort hinzusetzt, daß er sich damit natürlich nicht etwa für Erzberger entschieden haben wolle. Eine Götterdämmerung ist im Anzuge, und keine tragfähige Mehrheit wird sie aufhalten können. Herr v. Bethmanns grämlicher Gesichtsausdruck mag sich für einen schätzbaren Augenblick etwas erheben; aber kann er Freude empfinden über diese verspätete Genugtuung? Zweifelhaft ist es, was wir in der Zwischenzeit an kostbarsten Gütern verloren haben. Und wenn er je das Leben verstanden haben sollte, er muß es längst verlernt haben unter den schreckensvollen Schicksalsschlägen der letzten Jahre. Keine Wandelbarkeit der Volkstimmung wird ihn über die Unersehlichkeit dessen, was der Weltkrieg uns für immer genommen hat, auch nur einen Augenblick hinwegtäuschen.

Wir sind tief gesunken, wer kann es noch leugnen? Aber der äußerste Tiefstand ist noch lange nicht erreicht. In dieser Woche ist die allen Deutschen diese Jahrzehnte hindurch ehrwürdig gewesene Grabstätte unseres Kaiserhauses im Schloßpark zu Charlottenburg von ruflosen Hundenhänden gehandelt worden, und damit nicht genug: jetzt hat auch habgierige Raubfische wertvolle Bronzefundamente des Nationaldenkmals am Lustgarten gewaltsam entfernt und damit auch dieses Kunstwerk, das das deutsche Volk einst sich selbst zu Ehren errichtet hat, zum Gegenstand gewissenloser Verwüsterung herabgewürdigt. Für die Unmoral unserer Tage scheint es bald gar keine Grenzen mehr geben zu sollen. Mit unheimlich wachsender Frechheit erhebt das Verbrechen in Stadt und Land sein Haupt, kein Gotteshaus ist mehr vor seinen Zugriffen sicher, und niemals haben bei uns Menschenleben so niedrig im Kurse gestanden wie heute.

Die Ereignisse der letzten fünf Jahre haben zusammengewirrt, um uns zu so traurigen Zuständen zu führen. Alle Versuche, sie wirksam zu bekämpfen sind bis jetzt fehlgeschlagen. Die Ämter ähnen unter der Last der Arbeit, die sie Tag für Tag zu bewältigen haben, die Parlamente sind geschäftig wie immer, ohne daß deshalb auch nur die geringste Erleichterung unserer Lage zu verspüren wäre, und im Volke wächst die stumpfe Gleichgültigkeit gegen alles, was geschieht oder nicht geschieht — schwindet doch immer mehr die Möglichkeit, daß uns noch wirksam geholfen werden könnte oder daß wir selbst uns noch wirksam helfen könnten. Im Ruhrgebiet ist mit den Bergarbeitern für die Zeit bis Mitte März das Verfahren einiger Übersichten vereinbart worden; der Herr Reichskanzler hat sich in höchst generöser Person zu diesem Zweck nach dem Kohlenrevier begeben. Raum aber soll mit der Ausführung dieser Abmachung bekommen werden, da legen die beteiligten Belegschaften die Arbeit einfach nieder. Die Führer werden also wieder einmal rechtslos im Stich gelassen. So geht es einmal, und so geht es das andermal. Wer mag da noch hoffen, daß der Unverstand der Massen sich durch Dummheit und guten Willen schließlich überwinden lassen werde?

Erklärung der Deutschen Generalität.

Reichsgericht und Auslieferungsforderung.
Die namhaftesten deutschen Generale und Admirale haben in einer Konferenz eine Entschliessung gefaßt, in der

ne beizogen: „Wir erklären nochmals, daß wir weder jetzt noch zukünftig mit einem fremden Gericht stellen werden. Wir halten dies für jeden deutschen Soldaten, vom General bis zum jüngsten Musketier, mit unierer soldatischen Ehre und dem Gefühl unserer persönlichen Würde nicht vereinbar. In dem deutschen Richter haben wir das unbedingte Vertrauen, daß er allein nach deutschem Recht verfahren und urteilen wird. Einem Verfahren, das diesen Grundsätzen entspricht, werden wir uns nicht nur stellen, sondern wir erwarten, nachdem wir wissen, wo der Feind uns vorwirft, daß es unverzüglich zur Wahrung der deutschen und unserer eigenen Ehre durchgeführt wird. Wir erklären, daß wir für alle unseren Untergebenen erteilte Befehle die volle Verantwortung tragen und übernehmen. Wir erklären ausdrücklich, daß wir nur rein deutsches Recht und als höchste Instanz das Reichsgericht in Weizsäcker anerkennen.“

„Diese Art Ritterlichkeit...“

In der schwedischen Presse beschäftigt sich der schwedische General v. Rund eingehend mit der Auslieferungsforderung, die er scharf verurteilt. Dazu sagt der General u. a.: „Da man die hohe Zivilisation der Entente nicht gut verneinen kann, so muß man die Forderung auf Auslieferung auf das Höchste und Übermögliche setzen, etwas, was bei einem kriegerischen und, wie man bisher glaubte, auch ritterlichen Volk wie das französische, am allerwenigsten erwartet hätte. Früher und auch noch in den jüngsten Zeiten erwartete man von dem Sieger dem Besiegten gegenüber Ritterlichkeit. Diese Art Ritterlichkeit ist aber jetzt für die, welche an der Spitze der Zivilisation zu stehen behaupten, ein antiquierter Begriff geworden.“ General v. Rund fährt dann weiter an, daß es ein Irrtum sei, zu glauben, daß es Kriege nicht mehr geben werde, und schließt: „Werden die jetzt Besiegten einmal wieder die Sieger sein, so wird sich zeigen, daß sie auf einem höheren moralischen und zivilisierten Standpunkt stehen, und sie das, was 1920 geschah, als einen schwarzen Fleck ansehen werden, denen zur Schande, die ihn gemacht haben, selbst aber zu ebel, Gleiches mit Gleichem zu vergelten.“

Rußland bittet um Frieden.

Ein offizieller Vorschlag an die Entente.

Aus Washington wird gemeldet, daß ein offizielles Telegramm einen neuen Friedensvorschlag Sowjetrußlands an die Großmächte enthält. Die Sowjets verhoffen sich, in Rußland eine demokratische Politik zur Anwendung zu bringen und eine Konstituante einzuberufen. Sie versprechen überdies, das Dekret, welches die russische auswärtige Schuld auslöschte, zurückzuziehen und diese bis zu 60 % anzuerkennen. Sie versprechen auch, die rückständigen Zinsen zu bezahlen. Die Sowjetregierung erklärt sich zur Leistung bedeutender Garantien bereit, insbesondere durch Abtretung von Konzessionen, überreiche Platin- und Silberbergwerke an englisch-amerikanisches Kapital. Dagegen verlangt Sowjetrußland von Großbritannien wie auch von den übrigen Großmächten, jede Einmischung in die russischen Angelegenheiten aufzugeben. Gleichzeitig gibt es dem Wunsch Ausdruck, die Vereinigten Staaten möchten Rußland Kredit eröffnen.

Deutsche Nationalversammlung.

(142. Sitzung.)

OB. Berlin, 27. Februar.

Auch die heutige Sitzung war kurz und unbedeutend. Die Erörterung des Falles Erzberger beherrschte nach wie vor die Lage. Der Fall stand aber nicht auf der Tagesordnung. Den Anfang bildeten nicht weniger als 80 kurze Anfragen.

Einige von ihnen erledigten sich dadurch, daß die Anfragenden nicht zugegen waren, andere, weil die mit der Verantwortung vertrauten Regierungsvertreter nicht anwesend sind. Nur die Verantwortung einiger Anfragen wird veranlaßt, weil die Anfragen aus dem Dezember stammen und inzwischen durch andere Ereignisse überholt worden sind.

Von besonderer und allgemeiner Bedeutung war keine. Es folgte die zweite Beratung des Entwurfs eines Reichs-einkommensteuergesetzes. Dazu erstattete der Abg. Dr. Blum (Dem.) den Bericht über die Ausschussverhandlungen. Daraus schloß die Sitzung.

Deutsche Nationalversammlung.

(143. Sitzung.)

OB. Berlin, 28. Februar.

Das Haus ist schwach besucht. Am Ministertische sitzt ein- sam und allein der Vertreter Erzbergers, der Unterstaats- sekretär im Reichsfinanzamt Noeske. Es wird die allgemeine Aussprache über die

Reichseinkommensteuer

begonnen. Die Grundzüge des Reichseinkommensteuergesetzes, wie es den Ausschuss verlassen hat, sind bekannt. Der Aus- schuss hat 1500 Mark Einkommen steuerfrei gelassen. Dieses steuerfreie Einkommen erhöht sich für jede zur Haushaltung des Steuerpflichtigen zählende Person um 500 Mark. Die Einkommensteuer beträgt für die ersten 1000 Mark des steuer- pflichtigen Einkommens 10 %, für die nächsten 1000 11 %, für die folgenden 1000 Mark 12 % usw. bis 24 %. Dann steigen die Prozente weiter von 2000 zu 2000 Mark. Die Steigerung wird fortgesetzt und erreicht schließlich 60 %.

An erster Stelle sprach der Abg. Reist (Soz.). Gleich zu Beginn seiner Ausführungen kam er auf den

Prozess Erzberger gegen Helfferich

Prozess Erzberger gegen Helfferich zu sprechen. Wenn wir jetzt, so erklärte er, einen Jahresbedarf von 80 Milliarden Steuern haben, so ist die unheilvolle Kriegszinspolitik daran schuld. Die Verantwortung dafür trägt Herr Helfferich. Die Sozialdemokratie ist an dem wenig erbaulichen Schauspiel, das sich jetzt in Moabit ab- spielt, nicht beteiligt. Sie ist die einzige Partei, die schon früher auf den Bankrott der Helfferichschen Finanzpolitik hin- gewiesen hat. Dieser Mann hat keine Ursache, sich als selbstschätziges Augenweide aufzuführen. Hier wurde bei der Mehrheit Verfall und der Rechts-Verlecher laut. Die progressive Reichseinkommensteuer ist eine alte sozial- demokratische Forderung. Die jetzige Vorlage betrieht uns nicht an, aber die Not der Zeit zwingt uns zu ihrer Ver-

absichtigung. Wir wollen die Staffierung der Steuer bis zu 80 %. Die Mehrheit des Hauses will aber über 60 % leider nicht hinausgehen. In der Schonung der linderreichen Familien werden hoffentlich noch Verbesserungen erzielt. Abg. Pohlmann (Demokrat) beklagte das Vorhandensein des Loches im Westen, zu dem neuerdings das Loch im Osten gekommen sei. Immer noch überlege die Einfuhr die Ausfuhr. In erster Linie muß das Volk seine Bedürfnisse einschränken. Wir haben für den hohen Steuerzins aus diesen Rücksichten gestimmt, denn die Folgen würden unabsehbar sein, wenn das Reich kein Geld bekommt. Wir wollen eine gute Steuerpolitik treiben, um durch die wirtschaftliche Stärkung Deutschlands auch zu einer aktiven auswärtigen Politik zu kommen.

Scharfe Abgabe der Opposition.

An dritter Stelle sprach der Abg. Dörner für die Deutschnationalen. Er nahm vor allem die Finanzpolitik Helfferichs in Schutz, indem er darauf hinwies, daß sie auf den deutschen Sien eingestellt war. Dann fernschickte er die Stellung seiner Fraktion zur Steuerpolitik der jetzigen Regierung. Wir sind Oppositionspartei, erklärte er. Wir haben kein Vertrauen zu dieser Koalitionsregierung und zu den Ministern. Wir lehnen es deshalb ab, dieser Regierung eine solche Fülle von Kredit und Einfluß einzuräumen, wie es mit dieser Vorlage geschehen würde. Auf der Rechts- seite wurde hier lebhaft Zustimmung laut, und Abg. Dörnermann- Reulingen rief unter großer Beifallzahl das Wort: „Kein Mann und keine Groschen.“ Es ist unverständlich, fuhr der Abg. Dörner fort, oder bewußte Demagogie, wenn uns vorgeworfen wird, wir verstoßen, dem Staate die Mittel zu verlagern, die er braucht. Wir besaßen die Steuern ebenso wie Sie und unser Geld ist ebenso viel wert. Dann kam der Redner auf den Prozess Erzberger gegen Helfferich zu sprechen. Es würde mir nicht an Stoff fehlen, bemerkte er mit einem Anflug von Spott, einige Worte über den Reichsfinanz- minister zu sagen, ich unterlasse es aber absichtlich, weil ich dem Richterpruch nicht vorgreifen will. Das verbrecherische Attentat gegen den Minister haben meine Freunde aus scharfer Verurteilung. Es war empörend, wie die Presse der Mehrheitsparteien die Tat eines unredlichen Fanalikers gegen meine Partei auszuschlachten versucht hat. (Sehr wahr, recht.) In jeder Partei gibt es unsaubere Elemente und Verbrecher, aber dafür darf man die Partei nicht verantwortlich machen. Wenn z. B. ein Zentrumsabgeordneter unsaubere Schieber- geschäfte und Steuerdefraudationen nachgewiesen werden, so werden wir deswegen doch nicht das Zentrum als eine Partei der Schieber und Steuerdefraudanten bezeichnen. (Sehr gut, recht.)

Die Revolution und Reich.

Die Revolution, erklärte der Redner weiter, wurde im wesentlichen gemacht unter dem falsierenden Eindruck wirt- schaftlicher Theorien und Utopien. Für die Revolution hat die Sozialdemokratie den denkbar ungünstigsten Zeitpunkt gewählt. Das Kapital hat sie nicht beiseite lassen können. Abg. die Revolution von 1918 kann man das Wort „Aus Reich- schen. Weiter able der Redner an den Einzelheiten der Vor- lage sehr scharfe Kritik. Er bemängelte es z. B., daß die Kirchensteuern nur so nebenher Beachtung gefunden hätten und daß man den Ländern und Gemeinden das Recht, selbst die Höhe ihrer Einnahmen zu bestimmen, genommen habe.

Der nächste Redner, der Abg. Becker von der Deutschen Volkspartei bemühte sich ebenfalls, den von der Linken an- gegriffenen ehemaligen Reichsfinanzsekretär Dr. Helfferich in Schutz zu nehmen. Er wies darauf hin, daß die Mehrheit hinter der Finanzpolitik Helfferichs gestanden hätte. Weiter erklärte er, daß es nicht vornehm sei, Helfferich hier in der Nationalversammlung anzugreifen, weil er sich hier nicht ver- teidigen könne. Wenn Helfferich in den Reichstag gewählt sein werde, so werde er sich schon zu verteidigen wissen. Die weiteren Ausführungen des Redners galten der Bekämpfung der Vorlage.

Sodann erhielt das Wort der Abg. Perold vom Zentrum. Er sprach im Namen seiner Partei deren Zustimmung zu der Vorlage und der jetzigen Steuergesetzgebung aus.

Den Schluß machte der Abg. Dörsch (N. Soz.), der die Vorlage als nicht weitgehend genug beklagte.

Nachdem dann der § 1 der Vorlage angenommen worden war, vertagte sich das Haus.

Preussische Landesversammlung.

(120. Sitzung.)

OB. Berlin, 27. Februar.

Vorläufig beschäftigt sich die Landesversammlung weiter mit keinen Vorlagen. Für Dienstag hat der Aussenrat die Auseinandersetzung mit der Krone auf die Tagesordnung gestellt. Der Antrag des Abg. Graf über die Außenpolitik ist dagegen zurückgezogen worden und auch die unabhängige förmliche Anfrage über die Sowjetregierung soll nicht ver- handelt werden.

Deute wurde sogleich in die Verhandlung eines Zentrums- antrags auf Bewilligung neuer Baukostenzuschüsse eingetreten. Ein Regierungsvorleger legte ausführlich dar, was hier be- reits getan worden sei. Auch der Staatsbauhaushaltsauschuss beantragte mit der Regierung, den Antrag für erledigt zu er- klären.

Im Verlaufe der Aussprache erklärte der Abg. Oeb (Str.), daß die Aufbringung neuer Mittel durch eine Mietersteuer nach der Zahl der bewohnten Zimmer beunruhigend wäre. Das Haus erklärte den Antrag für erledigt und wandte sich dann der Beratung des Zentrumsantrages über das haus- wirtschaftliche Bildungsjahr für Mädchen zu, das in Verbindung mit dem Fortbildungsschulunterricht von Reichs wegen an- geführt werden soll.

Vor dem Ende.

Die letzte Ruhepause im Erzberger-Helfferich-Prozess.

Berlin, 27. Februar.

Kein Zweifel, der Höhepunkt der Beweisaufnahme in dem seit Wochen in ewig gleichem Fahrwasser fortplätschern- den Prozess ist überschritten. Schon am Montag möchte der Vorsitzende der Strafkammer in Moabit die Beweis- aufnahme beenden, den letzten Zeugen vernehmen, damit Dienstag der Staatsanwalt endlich zu seinen Schlussfor- derungen kommen kann.

Es ist ein üblicher Brauch dem Bericht vorzugreifen, vor Endspruch und Begründung gleichsam ein mehr oder minder willkürliches Latenurteil sich zurechtzubauen und damit

vom Richterlich wegzulassen. Aber, wer solchen Brauch auch nicht üben will, aus Achtung vor dem geschwägigen Gericht oder aus grundsätzlicher Objektivität den Parteien gegenüber, vermag sich doch nicht dem Eindruck zu entziehen, daß der gestrige Tag für den Nebenkläger, den vorläufig vom Amte suspendierten Reichsfinanzminister Erzberger, kein Tag der Hoffnung war. Die großen oder kleinen vorhergegangenen Anschuldigungen waren verurteilt, die mitunter, es läßt sich nicht leugnen, einen Hauch von jener Qualität an sich trugen, die man beim Vorbeigehen an Basaltfelsen zu spüren glaubt. Hohe Politik kam zu Worte, der frühere Reichskanzler v. Bethmann Hollweg trat auf, neben ihm bekannte Männer, Erzberger in der Masse, aus der gegenwärtigen und kurz vergangenen politischen Geschichte unseres Landes, aus der öffentlichen und aus der hinter den Kulissen betriebenen Geschichte. Friedensresolution, U-Boot-Krieg, der Sturz Bethmann Hollwegs, die Wiener Reise Erzbergers — um diese Dinge drehte sich die Verhandlung. Zu dem Zweck, des Nebenklägers Wahrheitlichkeit zu prüfen, deren vollständigen Mangel in der Konstitution Erzbergers Herr Seltschik behauptet hatte.

Hat Erzberger am 17. Januar 1918 in seiner Fraktion erklärt, Bethmann Hollweg lege auf die Durchführung der Steuervorlagen des Herrn Helfferich keinen Wert? Der ehemalige Minister und Fraktionschef Erzbergers Spahn sagt „Ja“ unter seinem Eide. Bethmann Hollweg bekundet eiblich, daß er bei der Versprechung mit Erzberger weder eine derartige noch eine ähnliche Äußerung getan hat.

Erzberger bedeutet, er habe von seiner Absicht, die Friedensresolution durchzuführen, die damalige Regierung, Bethmann Hollweg und Helfferich, vorher in Kenntnis gesetzt. Durch die Aussagen des ehemaligen Kanzlers, des Zentrumsabgeordneten Spahn, des Unterstaatssekretärs Renold wird nachgewiesen, das dies nicht der Fall gewesen ist. Der Reichskanzler hat sich vielmehr nach dem Vorstoß Erzbergers in der Lage eines Mannes gefühlt, der aus dem Hinterhalt überfallen wurde. Erzberger muß zugeben, daß er seine Stellung zum Kanzler zu jener Zeit von heute auf morgen geändert hat. Es kann kaum noch ein Zweifel darüber bestehen, daß Erzberger unmittelbar nach seinem Vorstoß erklärt hat, der Reichskanzler v. Bethmann Hollweg müsse gestürzt werden, sein Sturz sei in wenigen Tagen befohlen. Erzberger gab bisher an, er habe den Kanzler stützen und stärken, ihm eine tragfähige Mehrheit im Reichstage für seine Friedenspolitik schaffen wollen.

Die Reise nach Wien um die kritische Zeit machte Erzberger nach seiner Erklärung im Auftrag Bethmann Hollwegs. Vor seiner Abreise sei ihm im Auswärtigen Amt der Geheimrat Geheimrat vorgelegt worden. Beide Behauptungen vergingen gestern als „nicht erweislich wahr“ wie Dunst. Denn Bethmann beehrte, er habe Erzberger keinen Auftrag zur Wiener Reise erteilt, sondern ihn nur, als er von Erzbergers Absicht, nach Wien zu reisen, erfuhr, zur Information an das Auswärtige Amt verwiesen. Hier müsse ein „schwerer Gedächtnisfehler“ des Herrn Reichsfinanzministers vorliegen.

So wob der gestrige Tag trübe Wolken um das Charakterbild des Nebenklägers, der in diesem Prozeß der Angeklagte geworden ist. Und wenige von denen, die zuhörten — oder waren es gar keine — vermochten festzuhalten an dem Glauben, der viel erfahrene Mann werde noch einmal diese dräuenden Gebilde verstreuen können.

Die Haltung der Parteien.

Wie man aus parlamentarischen Kreisen in Berlin hört, herrscht bei den Parteien Übereinstimmung in der Richtung, daß Herr Erzberger nicht nur bis zur Klärung der Frage der Steuereinschätzung, sondern bis zum Abschluß des ganzen Prozesses vom Amte des Reichsfinanzministers suspendiert bleiben muß. Man erwartet außerdem, daß er so lange auch nicht in den Reichstag kommen werde, um die Mehrheitsparteien nicht in Verlegenheit zu bringen, da die Oppositionsparteien seine Anwesenheit zu parlamentarischen Vorstößen benutzen könnten. Sollte das Reichsfinanzministerium neu besetzt werden müssen, so denkt man an einen Fachmann, ebenso für den noch valanten Vorken des Reichsfinanzministers. Die Parteienquodlibet soll dabei nicht in Frage kommen.

Politische Rundschau.

Deutsches Reich.

Der Ausbau des Reichshaushaltes. Im Reichsfinanzministerium sind die Arbeiten für den Aufbau des Reichshaushaltes durch die äußerste Anspannung aller Kräfte

Der Triumph des Lebens.

Roman von Lola Stein.

8. Fortsetzung. (Nachdruck verboten.)

Viele unabhäbbare Menge der Straßenbahnen, Autobusse, Droschken und Autos, die alle auf den Platz des Schuttmanns, der auf dem Leipziger Platz stand, halten mußten und sich auf einen zweiten Platz von ihm wieder in Bewegung setzten, nachdem auf der anderen Seite des Platzes sich die Wagen gestaut und warteten.

Und diese vielen, vielen Spaziergänger, bald hastend und eilend, bald gemächlich schlendierend. Dazwischen standen die Blumenverkäuferinnen und boten ihre langgestielten Rosen und großen Strauße von Sommerblumen zum Verkauf aus.

Irene trank das bunte, neue, großstädtische Bild mit entzückten Blicken. Horst sah es und freute sich an ihrer Freude.

Und so an seiner Seite fuhr sie nun ihrer neuen Heimat entgegen.

6. Kapitel.

Horst's Mutter empfing Irene, als sie die Volkmerische Wohnung betrat. Sie kam ihr mit ausgebreiteten Armen entgegen und küßte sie herzlich.

„Wie du deiner lieben Mutter gleichst, Irene“, sagte sie und Kränen der Nahrung durchgitterten die Stirn.

„Gemanig wie du heute hat sie ausgeleihen, als sie einundzwanzig Jahre ähltte so wie du tust! Sie war meine liebste Cousine, meine beste Freundin damals, und ich habe immer bedauert, daß die Trennung und das Leben uns auseinandergebracht haben. Als ich zu ihrer Beerdigung kam, warst du krank. Und deinen Bruder habe ich damals kaum gesprochen. Nun aber wollen wir alles Veräumte nachholen.“

Irene fühlte sich warm berührt von diesem Empfang. Horst's Mutter war eine stille alte Dame mit einem gültigen weichen Gesicht. Sie war unelbändig und schwach und hatte es nicht verstanden, Ordnung und Gemütlichkeit in den verwahrlosten Haushalt ihres Sohnes zu bringen. Ihre Kränklichkeit war den ständigen Aufreumaen. die

so gefördert worden, daß die Finanzpläne für das neue Rechnungsjahr nunmehr fertig vorliegen. Die Übertragung der bisher den einzelnen Ländern obliegenden Finanzverwaltung auf das Reich erforderte eine Fülle umständlicher Auseinandersetzungen.

Der Hauptauschuss und die Auslieferungsfraße. Der Ausschuss der Nationalversammlung für auswärtige Angelegenheiten trat unter dem Vorsitz des Abg. Scheidemann zu einer längeren Sitzung zusammen, deren Gegenstand die Auslieferungsfraße bildete. Am Schluß konnte der Vorsitzende feststellen, daß alle Mitglieder des Ausschusses bis auf zwei mit allen Aktionen der Regierung in der Auslieferungsfraße sich einverstanden erklärt hatten.

Erzberger bis zum Prozeßabschluß suspendiert. Das führende Berliner Zentrumsblatt, die Germania, schreibt zu der Amtssuspendierung des Reichsfinanzministers: „Im übrigen dürfte nach unserer Kenntnis der Dinge eine Meldung zutreffen, wonach den Parteien darüber Einmütigkeit herrscht, daß Herr Erzberger nicht nur bis zur Klärung der Frage der Steuereinschätzung, sondern bis zum Abschluß des ganzen Prozesses vom Amte des Reichsfinanzministers suspendiert bleibt.“

Badens künftige Finanzlage. In der Sitzung des badischen Landtages erklärte Finanzminister Wirth: „Wenn das Reich die Beträge für die ausgelegten Familienunterstützungen an Baden zurückzahlt, kann bei uns von Staatsschuld keine Rede sein. Unsere finanzielle Lage ist durchaus gesund. Bis 1. April werden wir mit unsern Steuereinnahmen wohl auskommen, aber nach dem 1. April beginnt unsere Sorge, wenn wir die Reichsbefoldungsordnung auf die uns noch verbleibenden Beamten übertragen müssen.“

Übergang der Eisenbahnen an das Reich. Die Verhandlungen der Länder mit Staatsbahnbesitz wegen des Übergangs der Staatsbahnen an das Reich zum 1. April 1920 haben zu einer Einigung über die Fassung des Vertragssentwurfs geführt. Es ist in Aussicht genommen, daß alle Länder einen gleichlautenden gemeinsamen Vertrag mit dem Reich abschließen. In der Frage der Festlegung der Abfindungssumme läßt der Vertragssentwurf den Ländern eine gewisse Wahl. Der Vertrag kann nur in Kraft treten, wenn er durch Gesetze des Reiches und der beteiligten Länder genehmigt wird.

Die Preussische Landesversammlung verwies den Antrag über das hauswirtschaftliche Pflichtjahr für Mädchen an den Ausschuss für Handel und Gewerbe. Ein Schiedsspruch über Lohnfragen der ostpreussischen Eisenbahnarbeiter wurde abgelehnt.

Holland.

Keine Verschickung Wilhelms II. Der holländische Minister des Innern, Karnebeek, hat in einer Unterredung mit einem amerikanischen Journalisten erklärt, daß die Antwort auf die zweite Kaisernote der Entente demnächst abgehen wird. In dieser Note wird die holländische Regierung erklären: Sie beharre auf ihrer Überzeugung, daß es keine Gründe gebe, die eine eventuelle Auslieferung des Kaisers rechtfertigen. Ebenjowenig beabsichtige die holländische Regierung, den früheren Kaiser nach irgendeinem Ort in den holländischen Kolonien zu überbringen, da eine Aussicht so weit von der Regierung entfernt zu schwierig sein würde und die große Ausdehnung der überseeischen Gebiete eine strenge Bewachung noch weiter erschwere. In Holland könne jedem Schritt des Kaisers sorgfältig nachgegangen werden. Die holländische Regierung beabsichtige, besondere Vorkehrungen bezüglich der Bewegungsfreiheit des früheren Kaisers zu treffen. Auf die Frage, ob die Regierung die eventuelle Rückkehr des Kaisers nach Deutschland gestatten werde, antwortete der Minister, daß eine solche Möglichkeit vorläufig nicht in Frage gekommen sei.

Frankreich.

Der revolutionäre Eisenbahnerstreik. In der französischen Kammer brachte der Minister für öffentliche Arbeiten einen schleunigen Gesetzesentwurf ein, in dem der Regierung das Recht der Requirierung aller Verkehrsmittel und aller für den Verkehr notwendigen Räume im Falle des Stillstandes der Eisenbahnen gegeben wird. Im Laufe der Debatte sagte Ministerpräsident Millerand, man befände sich nicht einem Lohnkampf gegenüber, sondern man habe es mit einer revolutionären Bewegung zu tun. Es dürfe keine Korporation geben, möge sie auch noch so bedeutend sein, die das Recht habe, sich gegen die Nation zu wenden.

60 000 Pferde für Frankreich. Auf eine Anfrage

in der französischen Kammer erklärte Unterstaatssekretär Queuille, daß Frankreich entsprechend den Bestimmungen des Friedensvertrages von Deutschland 60 000 Pferde erhalten werde. Die Wiedergutmachungs-Kommission werde die notwendigen Anordnungen treffen.

Großbritannien.

Verstärkung der Auslands-Garnisonen. Aus den letzten Ausführungen Churchill's im Unterhause ergibt sich, daß die ständige Garnison in Ägypten auf nicht weniger als 6000 Weiße und 20 000 Indier erhöht werden mußte, während im Rheingebiete nur 16 000 und in der Türkei 23 000 Mann erforderlich sind. Als dauernde Garnisonen erwähnte Churchill: in Palästina 10 000 Weiße und 13 000 indische Soldaten, in Mesopotamien 17 000 Weiße und 44 000 Indier.

Ein selbständiger Akt Kanadas. Die kanadische Regierung beschloß, über den Kopf der englischen Regierung hinweg, in Washington eine von der Londoner Reichsregierung ganz unabhängige diplomatische Vertretung zu errichten. Der Verkehr zwischen den Vereinigten Staaten und der kanadischen Hauptstadt Ottawa wird schon im März in vollem Umfang aufgenommen.

Amerika.

Wilson's Drohungen an die Verbündeten. Präsident Wilson kritisiert in einer Denkschrift zur Abfrage der Imperialismus und die Länder der Verbündeten in Ausdrücken, die Aufsehen erregen. Er weist die Verbündeten auf die Gefahren neuer Kriegsmöglichkeiten hin, durch die die ganze Welt zu leiden haben würde. Wilson erklärt, wenn er mit seinem Vorschlag nicht durchdringen werde, würde er den Friedensvertrag zurückziehen und mit Deutschland über einen Sonderfrieden verhandeln. Wilson wurde unterrichtet, daß man in Verbandskreisen glaube, daß er infolge der Opposition zum amerikanischen Kongress und infolge seiner Krankheit ohne Macht sei. Er würde die Verbündeten aber vom Gegenteil überzeugen.

Aus In- und Ausland.

Berlin. Der Ingenieur Imhoff, dessen Festnahme durch die französische Besatzungsbehörde in Lublitz gemeldet war, ist nach Halle abtransportiert worden. Die Bemühungen der deutschen Regierung in dieser und den ähnlichen Angelegenheiten werden nachdrücklich fortgesetzt.

Magdeburg. Die Einführung des neuen Oberpräsidenten der Provinz Sachsen, Otto Hötting, in sein Amt ist durch den preussischen Minister des Innern, Heine, persönlich erfolgt.

Frankfurt a. M. Deutsche Offiziere der Grenzfestlegungskommission wurden bei ihrem Erscheinen in Zweibrücken lärmlich begrüßt.

Vom Tage.

Dementi.

Berlin, 29. Febr. Zu der gestern verbreiteten Meldung über die Sitzung der sozialdemokratischen Fraktion in der Nationalversammlung sowie der Fraktion der Landesversammlung, in der die von dem preussischen Finanzminister Südekum vorgeschlagene finanzielle Auseinandersetzung mit dem Hause Hohenzollern so scharf kritisiert worden sei, daß die Stellung des Finanzministers erschüttert sei, hört das „Berliner Tageblatt“, daß diese Sitzung überhaupt noch nicht stattgefunden hat, sondern erst zum Montag abend einberufen worden ist.

Weitere Forderungen der Entente.

Berlin, 29. Febr. Wie die „P. P. N.“ anständigster Seite erfahren, hat die Wiedergutmachungskommission auf Grund des Friedensvertrages von Deutschland die Lieferung von gewissen Mengen von Hafer und Gerste zu Saatwecken verlangt. Die deutsche Regierung hat nach Darlegung der schlechten Verforgung der deutschen Landwirtschaft mit Saatgetreide eine erhebliche Herabsetzung der geforderten Mengen erreicht. Die ersten Transporte sind bereits nach Frankreich abgerollt.

Die „Times“ melden, daß die interalliierte Marinekommission die Auslieferung aller deutschen Hafengeschiffe an die Entente beantragt hat.

Verdigung der Gefangenentransporte.

Karlsruhe. Bis zum 1. März treffen mehrere 43 000 deutsche Kriegsgefangene aus Frankreich in Deutschland ein.

Kranke zu pflegen, nicht wahr? Also um mich mache dir nur ja keine Sorgen.

Und wieder drückte er ihr dankbar die Hand.

Die siebenjährige Ilse saß in der Mitte des Bimmers auf dem Teppich. Ihren einen Arm hatte sie um den Hals eines großen schwarzen Hundes geschlungen, der still neben dem Kind saß. In der anderen Hand hielt sie ein Märchenbuch und buchstabierte es.

Der Hund wandte den Eintretenden den Kopf zu und klopfte lebhaft mit dem Schwanz den Boden, als er Horst erblickte. Aber da seine kleine Herrin ihn fest umschlangen hielt, sprang er ihm nicht entgegen, sondern blieb ernst und ruhig sitzen.

„Wie lieb das Buch fallen und sah den Eintretenden entgegen. Sie sah so oft fremde Gesichter, daß Irene's Abbild ihr nichts Besonderes erschien. Sie erhob sich, ging auf sie zu und reichte ihr die Hand.“

Irene beugte sich zu dem Kinde nieder. Sie blickte in das zarte reizende Gesicht, das eine Fülle dunkelblonden Haars anmutig umfloss, und in die großen blauen Augen, deren Blick viel zu ernst und verständig war für ein so junges Kind.

Horst sah mit Unbehagen, daß Ilse allein im Zimmer war. „Das ist nun die Tante Irene, von der ich dir erzählte, mein Liebling, die jetzt bei uns bleiben wird.“

Das junge Mädchen hob abwehrend die Hände. „Nicht Tante, Ilse soll mich einfach Irene nennen. Die Tante ist immer eine Art Respektsperson, und das will ich nicht für Ilse sein. Sie soll meine kleine Freundin werden, das ist doch viel schöner, Ilse, nicht wahr?“

„Das Kind nickte, aber es blieb ernst und still.“

„Sie ist wohl recht viel allein?“ fragte Irene laut. Sie verstand sich auf Kinder, da sie ein Vierteljahr in der Kinderabteilung des Krankenhauses gearbeitet hatte.

Horst seufzte. „Ja, auf die Mädchen ist ja zu selten Verlaß. Wo ist denn dein Fräulein, Ilse?“

„Sie geht heute doch aus, Papa.“

„Und dann bleibst du ams allein, Liebste!“

(Fortsetzung folgt.)

Die „Strasburger Neue Zeitung“ berichtet, daß die gesamten Transporte der Kriegsgefangenen bis zum 19. März abgeschlossen sein sollen.

Eine gesprenzte Kommissionsversammlung.

Karlsruhe. In dem benachbarten Durlach fand eine Plenarsitzung der Kommission statt, die von 82 Vertretern besucht war. Die Behörden erhielten Kenntnis von dieser Zusammenkunft und liehen durch 35 Sicherheitspolizisten die Teilnehmer mit drei elektrischen Strohkampfwagen nach dem Bezirkamt Karlsruhe bringen, wo noch Befestigung der Personalisten die Entlassung sämtlicher Teilnehmer erfolgte, mit Ausnahme eines Ausländers und einer wegen anderer Vergehen auf der Fahndungsliste stehenden Frauensperson.

Das „Probeurteil“ in Leipzig.

Paris. Die Entente hatte bisher die Forderung aufgestellt, daß die ersten Urteile des Reichsgerichtes in Leipzig seien die auf der Auslieferungsliste stehenden innerhalb von drei Monaten erfolgen müßten. Diese Frist ist jetzt auf fünf Monate verlängert worden.

Frühjahrsdoffenbe der Bolschewiken.

Bras. Die Brager Blätter veröffentlichen einen Fundgrub aus Moskau, wonach die Roten Armeen an der ganzen Front, welche von Norden nach Süden am Ufer der Weresina fließt, in ihrem Kampfe stehen sollen. Auf einer Front von über tausend Kilometer soll der Kampf wieder aufgenommen worden sein. Besonders heftig wird an der Eisenbahnlinie Riga—Drel zwischen den Bolschewiken und den Polen gekämpft.

Der Ausverkauf von Paris.

Paris. Infolge des Sinkens der französischen Valuta ist auch hier eine riesige Teuerung und Preissteigerung eingetreten. Es wird nur noch in Dollar oder Pfund gerechnet, was zur Folge hat, daß in Paris genau der gleiche Ausverkauf begonnen hat, wie es in Berlin und Wien der Fall ist.

Räumung Ungarns durch die Rumänen.

London. Der Oberste Rat besprach mit dem rumänischen Ministerpräsidenten und dem rumänischen Geschäftsträger die Räumung Ungarns durch die rumänischen Truppen.

Der Mohr hat seine Schuldigkeit getan!

London. Die französische Regierung besteht neben dem Völkerbund auf den Abschluß eines engen militärischen Bündnisses mit England. Hierzu ist letzteres aber unter keinen Umständen geneigt, da England die militärischen Kosten zu tragend geworden. Auch will England der dauernden Besetzung der Rheinlande durch Frankreich keineswegs zustimmen.

Kriegszustand in Irland.

London. „Daily Mail“ meldet aus Dublin, daß neue schwere Ausschreitungen in Dublin und Cork von den irischen Nationalisten gegen die englischen Offiziere und Soldaten stattgefunden haben. Bischof King habe den Kriegszustand auf ganz Irland ausgedehnt und die Senur wieder eingeführt. Zahlreiche Sinnkrieger wurden durch die britische Militärpolizei verhaftet.

Wilson erneut erkrankt.

Washington. Im Befinden des Präsidenten Wilson ist erneut eine Verschlimmerung eingetreten. Er muß wieder das Bett hüten und ist völlig arbeitsunfähig.

Zwangslieferung von Waren an die Entente.

Berlin. Die Entente hat im Rahmen der Schadenersatzforderung an Deutschland über einen Plan beraten, der für den deutschen Handel mit den neutralen Ländern die schwersten Folgen haben kann. Es soll eine Liste über deutsche Waren aufgestellt werden, die an die Entente geliefert werden müssen. Der Wert dieser Waren soll vermutlich auf die Kriegsschuldung angerechnet werden.

Die Abrechnungen im Verban.

Düsseldorf. Das Ergebnis der ersten Woche der Abrechnungen im Verban stellt sich so, daß mit einer jährlichen Mehrförderung von 12 bis 15 Millionen Tonnen zu rechnen wäre, während der Reichskanzler bei den Essener Verhandlungen eine Mehrförderung von 45 Millionen Tonnen jährlich als notwendig bezeichnet.

Die Forderung der Wiedergutmachungskommission.

Paris. Im Kammerentscheid teilte der Finanzminister mit, daß die Wiedergutmachungskommission ihre Forderung an Deutschland schon im Juni bekanntgeben werde. Die Forderung werde wesentlich höher sein, als man früher angenommen habe.

Änderung des ungarischen Friedensvertrages.

Budapest. Hier ist eine amtliche Nachricht aus Paris eingelaufen, wonach die Völkervertragskonferenz eine Änderung des ungarischen Friedensvertrages in ernsthafter Erwägung stehen werde.

Verschiedene Meldungen.

Bredlau. Die Depeschensentur in Oberschlesien ist erhöht worden. Sie besteht nur noch für ziffrierte Handelsgramme.

London. Die englische Regierung hat das Gesetz über die Selbstverwaltung Irlands im Unterhause eingebracht.

Lugano. In mehreren Ortschaften Oberitaliens kam es zu blutigen Zusammenstößen, denen einige Personen zum Opfer fielen.

Teuerung in England.

Steigende Preise für alle Lebensnotwendigkeiten.

Ununterbrochen gehen auch auf den britischen Inseln die Preise in die Höhe. Ein kurzes Sinken nach dem Abschluß des Waffenstillstandes, dann ständiges Ansteigen bis heute. Bei einem Vergleich der Preise von 1914 und 1919 stellt sich eine Erhöhung von 187 % heraus. Im Dezember 1919 wurden Fleisch und Kartoffeln übermäßig teuer, überhaupt alle Lebensmittel um 10 bis 15 %, so auch Tee und Zucker. Erheblich stiegen Blei, Zinn, Kupfer.

Die Arbeitslöhne haben sich im allgemeinen verdoppelt, darunter auch verdreifacht. Die Kaufkraft des Schillings hat abgenommen, die Waren sind seltener geworden und können weniger leicht erworben werden. Der Mittelstand, der seine Einnahmen nicht wie die Arbeiter steigern konnte, leidet sehr. Einschränkung bei ihm ist auf allen Gebieten an der Tagesordnung. Ein Kammeranzug, der 1916 noch 7 Pfund (nach deutscher Friedenswährung etwa 140 Mark) kostete, muß jetzt mit 16 Pfund (320 Mark) bezahlt werden, wobei keine Garantie für die Qualität übernommen wird.

Allgemein beklagt man die überstarke Ausfuhr von Rohstoffen, welche den Inlandsverbrauch verweert. Untersuchungskommissionen haben festgestellt, daß bei Spinnereiprodukten Gewinne von 300 bis 3000 %, auf den Rohstoff berechnet, erzielt werden. Dabei wird in England bedeutend weniger als früher gearbeitet, im Durchschnitt sind in jeder Woche über 40 Millionen Arbeitsstunden in Wegfall gekommen. Die Einfuhr leidet unter der Verschlechterung des Weltzustandes. In Amerika gilt das englische Pfund nicht mehr 20, sondern nur noch 15 Schilling. Einfuhr aus Deutschland wird lebhaft gewünscht, ebenso aus Rußland. Besserung erhofft man infolge der tatsächlich abnehmenden Arbeitslosigkeit und man trägt die unbestreitbare Teuerung

mit dem Bewußtsein, daß sie bald vorübergehen wird und ein eigentlicher Mangel nicht vorhanden ist.

Hungernde Kinder.

Eine Million in Deutschland!

Auf dem in Genf tagenden Kongress für Kinderhilfswerke wurde von der Kommission für Deutschland die Zahl der hungernden deutschen Kinder auf eine Million geschätzt. In Bildung begriffen ist eine Zentrale der zugunsten der Kinder begründeten wohltätigen Organisationen. Für Unterstützungszwecke werden monatlich 14 Millionen Schweizer Franken benötigt, abgesehen von den zur Bekleidung und zur Bekämpfung der Tuberkulose erforderlichen Summen. Die Kommission für Österreich erklärte, daß 250 000 bis 300 000 Kinder zu unterstützen seien mit einer monatlichen Ausgabe von 90 000 Pfund Sterling. Die Kommission für Frankreich schätzte die Zahl der unterstützungsbedürftigen Kinder in den verwöhnten Gegenden auf 400 000.

Die Kommission für Ungarn legte dar, daß eine Million Kinder zu unterstützen seien, davon allein in Budapest 100 000. Die Kommission für Italien gibt die Zahl der Waisenkinder und weiteren unterstützungsbedürftigen Kinder auf 400 000 an, davon 12 000 in den befreiten Gegenden, der Rest vornehmlich in Südtalien.

Wie groß das Elend deutscher Kinder ist, ergibt sich daraus, daß seit einiger Zeit fortwährend größere Trupps kleiner Kinder aus dem Ruhrgebiet nach den holländischen Grenzorten ziehen, um dort Lebensmittel zu erbetteln. Die Kinder, meist in Lumpen gehüllt und vielfach barfuß, sind oft mehrere Tage und Nächte unterwegs, da sie die Reise zu Fuß zurücklegen.

Eine Mahnung an die Landwirte.

Soll Deutschland verhungern?

Unter der Überschrift: Soll Deutschland verhungern? veröffentlicht Freiberg von Wangelheim einen längeren, sehr beachtenswerten Aufsatz, der den Aufbau von Lupinen als Hauptfrucht fordert und nachweist, daß an Futtermittel bei der Ernährung der Gespanntiere gespart werden muß. Wangelheim sagt:

Unsere Winterweizen sind im Herbst 1919 zum Teil überhaupt nicht zur Aussaat gekommen. Wo sie aber bestellt sind, da ist das infolge fehlender Arbeitskräfte und Arbeitsunlust so spät gesät und sie sind so schwach in den Winter gekommen, daß mit einer guten Ernte in den nächsten Wirtschaftsjahre ist deshalb im höchsten Grade gefährdet und hängt ganz von der Ernte an Sommerfrucht und Sommerfrucht, namentlich von Kartoffeln, ab. Bei dem durch unsere verringerten Viehbestände hervorgerufenen Mangel an Stallmist, bei den unbilligen Preisen und dem Mangel an Kunstmist, der vollständig im Rückstande befindlichen Ackerarbeit, den Schwierigkeiten, die die nachgerade blühende Zwangswirtschaft der Beschaffung neuer ertragreicher Saatgutes bereitet, sind auch hier die Aussichten wenig erfreulich. So entsteht die dringende Gefahr, daß im Jahre 1920 sehr große Ackerflächen aus Mangel an Düngung und rechtzeitiger Bearbeitung unbestellt liegen bleiben. Dem muß mit allen Kräften vorgebeugt werden; alles, was die Gefahr mildern kann, muß geschehen. Ich weise deshalb auf zwei hierfür geeignete Hilfsmittel hin: Bunt Lupinen als Hauptfrucht! Wangelheim kann die Erfahrung nur voll bestätigen, daß man Pferde ohne jedes Körnerfutter, nur mit Kartoffeln und Heu, tadellos ernähren und bei voller Leistungsfähigkeit erhalten kann. Seit fünf Jahren erhalten seine Pferde nicht ein Pfund Getreide, sondern nur noch Rübenschnitzel und Heu. Die Pferde sind in bestem Futterzustande und vollkommen leistungsfähig. Wenn nun diese Fütterung möglichst allgemein durchgeführt wird, so bekommen wir dadurch ein riesiges Quantum Sommerfrucht frei, welches wir etwa zur Hälfte zur menschlichen Ernährung ausmahlen können, die andere Hälfte steht immer noch als Kleie für die Fütterung zur Verfügung. Eine freilich ist hierfür wie für jeden Aufschwung notwendig: Arbeit in dem Umfange, wie sie unserem Klima und unseren Bedürfnissen entspricht.

Ausländische Währung.

Entwertung des Silbers. — Fremde Hypothekengelder in Deutschland.

Vielleicht die schwerste wirtschaftliche Krankheit, unter der wir leiden, jedenfalls eine der folgenschwersten ist, wie bekannt, der völlige Zusammenbruch der Marktwährung, deren Verhältnis zu den anderen Währungen den wilden Schwankungen unterliegt. Man soll sich aber durch die Erscheinungen im eigenen Lande den Blick für das nicht trüben lassen, was außerhalb desselben vorgeht; und da ist es zwar ein schlechter Trost, aber doch höchst bemerkenswert, zu beobachten, in welchem Umfange sich ähnliche Verjegungserscheinungen auch bei dem Geldumlauf anderer Länder zeigen. Gerade die letzten Tage haben eine Anzahl von Meldungen gebracht, die höchst bezeichnend sind. Einen Goldumlauf gibt es augenblicklich nirgendwo in Europa oder in Amerika und die Staatenlenker zeigen auch nirgendwo Neigung, wieder auf einen solchen hinzuarbeiten. Aber, wenn es auch ohne Goldmünzen geht, ohne Silbermünzen ist schwer wirtschaften — man sieht das ja bei uns in Deutschland — und deshalb bereitet das Verschwinden der Silbermünzen auch den anderen Ländern schwere Sorgen. Vor einiger Zeit schon schlug deshalb die holländische Regierung der Volksvertretung die Herabsetzung des Silbergehaltes der Münzen vor. In ganz besonders scharfem Maße aber tut jetzt England das gleiche, das Land also, in dem seit Jahrhunderten die Münzen einen besonders hohen Feingehalt haben. Bei Silber betrug er 925 Tausendstel (bei den deutschen 900). Man hat lange erwogen, wie weit man heruntergehen solle und konnte und ist schließlich jetzt zu dem Entschluß gekommen, den gewaltigen Abstieg auf 500 Tausendstel anzutreten, das heißt also, die Silbermünzen in etwa dem Feingehalt auszuräumen, den man früher den allerbilligsten Schmutzwaren gab; denn bessere und ebenso die Silbergegenstände des Haushaltes waren wesentlich höherhaltig, meist 800 Fein; am bezeichnendsten ist es vielleicht, daß Silbergegenstände von dem niedrigen Feingehalt der neuen englischen Münzen nach den bisherigen Bestimmungen in Deutschland nicht hätten gestempelt werden können. Frankreich aber, wie wohl alle Länder des lateinischen Münzbundes steht in noch größeren Schwierigkeiten, weil seine Hauptwährungsmünze aus Silber besteht. Es hat deshalb, wie gemeldet wird, sich nicht anders zu helfen gewußt, als daß es diesen Münzbund löst und das wird seiner Eitelkeit sehr schwer geworden sein, da es sich um einen Staatenverein handelte, in dem es Vornach war und die erste Rolle spielte.

Wir sind augenblicklich und wohl noch auf Jahre hinaus auf Auslandskapital angewiesen. Daß es uns verkauft und beherrscht, können wir nicht mündeln, wohl aber müssen wir

ihm die Wege zu angemessener Sicherstellung ebnen. Nach dieser Richtung hin bedeutet ein in diesen Tagen veröffentlichter Gesetzentwurf sehr viel, der die Möglichkeit gibt, Hypotheken- und Grundschulden auch in ausländischer Währung einzutragen. Denn es ist für einen Schweden beispielsweise unfähig viel angenehmer, ein Kronenkapital auch bei der Anlage im Ausland als solches zu verwenden und zu erhalten. Von dem Standpunkt des deutschen Borgers aus ist damit eine gewisse Gefahr verknüpft, weil er sich für die Verzinsung und Rückzahlung stets schwedische Währung verschaffen muß, während er seine Einnahmen in Mark bezieht. Um geschäftswandige Leute wird es sich aber bei den Geschäften kaum je handeln, es werden sogar wohl meist größere gewerbliche Unternehmungen oder ähnliches sein. Diese wissen, welche Gefahren möglich sind; auf der anderen Seite aber bietet das Gesetz eine auf andere Weise kaum zu schaffende Möglichkeit, Auslandsgelder durch gute Sicherung nach Deutschland zu ziehen und wohl auch mit ihrer Hilfe manches Haus und manches Werk wenigstens in deutschem Besitz und Betrieb zu erhalten, das sonst einfach ans Ausland verkauft worden wäre. Und das ist ein durchaus erstrebenswertes Ziel.

Welt- und Volkswirtschaft.

* **Wirtschaft in einem Reichsbetrieb.** Nach den Mitteilungen des sächsischen Arbeitsministers Held hatten sich in dem — jetzt geschlossenen — sächsischen Reichsbetriebe des Feuerwerkslaboratoriums Radeberg bei Dresden genau dieselben unerhörten Zustände entwickelt wie fernerzeit in Spandau. Es waren fast keine Einnahmen zu verzeichnen, aber innerhalb fünf Monaten wurden 35 Millionen Mark für Gehälter und Löhne ausgegeben. In Radeberg fabrizierte man Wasserhähne zu 250 Mark das Stück, während allein die Rohkosten rund 16 Mark ausmachten. Ferner wurden 10 000 eichene Stühle geliefert für 38 Mark das Stück in einer Zeit, wo ganz gewöhnliche Lieferer Stühle schon 85 Mark kosteten. Ein Teil der Arbeiterkraft stahl äger als die Raben. Dies wurde dadurch erleichtert, daß die Anlagen sehr weiträumig gebaut worden sind und schwer bewacht werden können, obwohl 33 Wächter tätig sind. So wurden am helllichten Tage 35 Elektromotoren gestohlen, ferner 9000 Meter Bänderstich, Aluminium und zahlreiche andere Metalle im Werte von vielen Millionen.

* **Gründung eines deutschen Zentralkreditinstituts.** Der Reichsverband der deutschen Industrie hat beschlossen, gemeinsam mit allen produktiven Ständen ein großes Kreditinstitut für Deutschland zu begründen, das den ganzen Besitz, die ganze Produktion zusammenfassen soll und, ohne etwa ein Wettbewerber für die Reichsbank oder die Großbanken zu sein, ausreichende Bürgschaften für die nach vielen Milliarden zählenden Valutaschulden zu bieten und als Grundlage für die erforderlich werdenden Transaktionen zu dienen vermag.

Aus Nah und Fern.

Herborn, den 1. März.

* Wie wir hören, reisen die Salzburger Schulkinder, die in unserem Regierungsbezirk untergebracht werden sollen, am 3. ds. Mts. in ihrer Heimat ab und werden am 5. ds. Mts. hier eintreffen. Der genaue Zeitpunkt der Ankunft wird den an der Unterbringung beteiligten Familien noch mitgeteilt werden. Für die Abholung von Weglar aus ist gesorgt.

* (Deutschlands Ausverkauf.) Für 1000 Mk. ließ sich in einer bekannten westdeutschen Stadt ein Holländer einen Anzug machen = 26,66 Gulden = 43,30 Mk. Friedenswert. Deutsche Eier wandern jetzt massenhaft über die holländische Grenze, wo sie mit 2,50 bis 3 Mk. = 7,5 Cts. = 12,75 bis 15,30 Pfennige Friedenswert bezahlt werden.

Manderbach. Mit einem Karabiner, den er einem Freunde zeigen wollte, hantierte hier am Samstag der 18-jährige J. herum. Pöblich kratzte ein Schuß und die 8-jährige Schwester des jungen Mannes, die ebenfalls im Zimmer war, brach zusammen. Das Geschöß war dem Kinde quer über den Leib gegangen und hatte eine derartige Verletzung verursacht, daß die Eingeweide herausstraten. Nach dem Krankenhaus in Dillenburg verbracht, ist das Mädchen gestorben.

Weglar. Von forstamtlicher Seite veröffentlicht der „W. Anz.“ folgende Schilderung des Falles Nies-Meyer: „Der Forstgehilfe Meyer aus Hohenfolms traf den Fabrikarbeiter Friedrich Nies und dessen Schwester beim Holzdiebstahl. Nies hatte bereits eine Buchenstange geschlagen und war dabei, mit der Art eine zweite zu fällen. Die Schwester des Nies hatte zunächst auf die Frage des Forstgehilfen nach dem Namen geantwortet. Der Forstgehilfe hatte den Namen nicht verstanden und wiederholte deshalb seine Frage. Jetzt verhinderte Friedrich Nies, der sich auch selbst weigerte, irgend welche Angaben über seine Person zu machen, die Schwester an weiteren Antworten. Als Friedrich Nies sich mit der geschlagenen Stange und seiner Art entfernen wollte, folgte ihm der Forstgehilfe auf etwa 15 Schritt und sagte, er würde dem Nies bis in seine Wohnung folgen, um seinen Namen festzustellen. Darauf warf Nies die Buchenstange fort und kam mit erhobener Art auf den Forstgehilfen zu. Jetzt nahm der Forstgehilfe sein Gewehr von der Schulter und rief dem Nies zu, er solle ihm drei Schritt vom Leibe bleiben. Nies hörte nicht auf den Anruf, sondern drang weiter mit erhobener Art auf den Forstgehilfen ein. Um dem drohenden Angriff zu begegnen, schoß der Forstgehilfe auf 3 Schritt Entfernung. Er handelte in Notwehr, wartete bis zum letzten möglichen Augenblick und richtete den Schuß, um den Angreifer nur kampfunfähig zu machen, auf die Beine. Nach dem Schuß holte er sofort die nur wenige Minuten entfernten Holzhauer herbei. Inzwischen war die Mutter des Nies, die etwas abseits bei einem Handwagen gestanden hatte, zu dem Verwundeten gekommen. Trotdem diese Frau erklärte, die Hilfe der Holzhauer sei unnötig, ließ der Forstgehilfe zwei Leute zur Hilfeleistung bei dem Verwundeten zurück. Der Vorfall ist von der Oberförsterei sogleich der Staatsanwaltschaft angezeigt worden zur Prüfung, ob der Forstgehilfe sich strafbar gemacht habe.“

Bad Homburg. In der Generalversammlung der L. wurde eine Einigung mit dem bisherigen Generaldirektor Feldsperer, dem eine nicht genügende Wahrung der Gesellschaftsinteressen vorgeworfen war, erzielt. Feldsperer scheidet aus der Gesellschaft aus, die gegen ihn anhängig gemachten Prozesse werden niedergeschlagen.

Frankfurt a. M. (Das „reiche“ Frankfurt.) Auf dem Fastnachtball im Zoologischen Garten sollen durchaus glaub-

würdigen Mitteilungen zufolge bloß 2000 Flaschen Sekt à 85 Mark getrunken worden sein, in Zahlen = 170 000 Mk. — Der gestern Abend im gleichen Lokal abgehaltene sogenannte „Böse Subenball“ war buchstäblich überfüllt, trotzdem die Damenkarte 20 und die Herrenkarte 30 Mk. kostete. Wieviel Flaschen Wein und Sekt vertrunken wurden, konnte der Chronist noch nicht ermitteln. — Und da sage einer, Frankfurt befände sich auf dem Wege der Betarmung. — Auch lustig ist der Frankfurter. Denn heute nacht 3 1/2 Uhr zog eine Schar maskierter „Herren“ und „Damen“ mit Musikbegleitung vom Ball durch den Stadtteil Bockenheim heim. Die Polizei hielt sich diskret im Hintergrund.

Die katholische Pfarrkirche in Adelsheim wurde in der Nacht zum Samstag von Einbrechern schwer heimgesucht. Sämtliche Altar- und Kanzelbekleidungen, die Regemänder, Leuchter und viele andere Gebrauchsgegenstände fielen den Dieben in die Hände. Der größte Teil der Beute konnte der Bande noch in der Nacht von Wächtern wieder entzogen werden. Die Einbrecher entkamen. — Auch in die Peterskirche brachen Diebe nach Zerstörung mehrerer Türen ein, fanden aber nur einen Leuchter, aus der Dreikönigskirche stahl ein nächtlicher Dieb die Altarbibel und den Silberbeschlag einer anderen Bibel.

In einem Gasthaus der Innenstadt betäubte ein Reisender seinen Zimmergenossen im Schlaf und plünderte ihn bis aufs Hemd (buchstäblich) aus. Dabei fiel ihm auch der Gewächsschein des Fremden in die Hände. Als er am nächsten Tage mit dem Schein im Bahnhof die Koffer einlösen wollte, wurde er festgenommen. Denn der Ueberfallene hatte sofort Anzeige erstattet, wobei er in erster Linie auf den Verlust des Scheins hingewiesen hatte. Der nette Zimmergenosse war ein gewisser Hermann Rahmel aus Homberg (Bez. Cassel).

Einem Reisenden aus Forzhelm wurde ein Koffer, der für 145 000 Mk. Gold- und Silberwaren enthielt, auf dem Bahntransport von Duisburg nach Frankfurt gestohlen.

Auf Anordnung der Berliner Polizei wurde in einem ersten hiesigen Hotel der 28-jährige Kaufmann Lothar Hiller aus Dresden wegen Unterschlagung von 73 000 Mk. Geld und 16 000 Mk. Schmuckstücken festgenommen. Hiller bewohnte mit seiner „Frau“ mehrere Zimmer, führte eine Menge Koffer mit sich, die eine überaus reiche Garderobe für ihn und „Frau Gemahlin“ bargen. Als er festgenommen wurde, hatte er nur noch einige Mark bei sich.

Cassel. Auf Befehl des Reichswehrministers wurde der Geschäftsführer des deutsch-nationalen Volksvereins Cassel-Stadt, Kaufmann Georg Erb, in Schutzhaft genommen, weil er dringend verdächtig ist, durch Erloß und Verbreitung des Flugblattes „Herzlich willkommen in der Heimat, ein Wort an die Heimkehrenden“ in staatsgefährlicher Weise gegen die Regierung gehet und dadurch die öffentliche Ordnung gefährdet zu haben.

Worms. Die Kaufleute Ernst Christ und Gustav Friedrich aus Mainz fuhrten am Samstag in schnellster Fahrt mit ihrem Auto nach Mainz zurück. In einer scharfen Kurve überschlug sich der Wagen und begrub die Insassen unter sich. Beide Herren wurden tödlich verletzt. Christ starb nach wenigen Augenblicken, Friedrichs Ableben ist jeden Augenblick zu erwarten.

o Gesundheitszeugnis bei Eheschließung. In der Preussischen Landesversammlung wurde im Ausschuss für Bevölkerungspolitik eingehend über die Frage der Verbringung eines Gesundheitszeugnisses bei der Eheschließung gesprochen. Neben warmen Befürwortern fanden sich auch Gegner, die erhebliche Bedenken gegen eine solche Maßnahme vorbrachten. Die Angelegenheit soll deshalb demnächst noch geklärt werden.

o Neue Erhöhung der Rechtsanwaltsgebühren. Nach dem Beschluß der letzten Vertreterversammlung des deutschen Anwaltsvereins in Leipzig wird die deutsche Anwaltschaft Teuerungszuschläge zu den geltenden Sätzen der Gebührenordnung, und zwar von mindestens 50 %, erheben.

o Die Grippe. Die Grippeerkrankungen haben unter dem Eisenbahnpersonal einen ungeheuren Umfang angenommen. Allein in den Bezirken Effen und Eberfeld sind in den letzten Tagen weit über 8000 Bedienstete, darunter fast 2000 vom Zugspersonal, erkrankt. Die Abbeförderung der Kohlengänge und die Zuführung der Beermwagen zu den Becken ist dadurch sehr ungünstig beeinflusst worden.

o Ein zerstücktes Kommunistentöhl. Der Staatskommissar für Oberbayern hat die geschiedene Schriftstellerin Marie Antonie Deutsch und den gleichfalls geschiedenen Schriftsteller Dr. Walter v. Hollander, die in Dachau bei München in freier Liebe beisammen wohnten, aus Bayern ausgewiesen. Bei dem Vorgehen fanden seit langem geheime Kommunistentreffen statt, wobei neben Politik zur Abwechslung auch andere Dinge getrieben wurden.

o Vergrabenes Gold. Wie im Dreikönigskriege haben auch jetzt wieder viele Leute ihre im Kriege erbeuteten Schätze an Gold und Silber vergraben. In dem Dorfe Stöckel hatte ein Bauer unweit eines alten Ruhestattes 63 000 Mark in Gold- und Silbermünzen eingegraben. Als er dieser Tage aus seinem Kammerfenster in den Garten sah, gewahrte er an dem Ruhestatt ein großes Loch in der Erde. Der Schatz war fort. Der Mann war bei seiner Schatzgräberarbeit von Dieben beobachtet worden, die natürlich die gute Gelegenheit nicht unbenutzt ließen.

o Der Flecktyphus greift in Sowjetrußland und den Randstaaten in erschreckender Weise um sich. In einzelnen Gebieten ist über die Hälfte der Bevölkerung davon befallen. Warschau hat ungefähr 5000 angemeldete Krankheitsfälle. Die im vergangenen Sommer nach Polen entsandte amerikanische Abordnung zur Bekämpfung der Seuche ist machtlos. Viele ihrer Mitglieder sind der Krankheit selbst zum Opfer gefallen. Es fehlt an Arzneien und Ärzten.

Alle Regimenter im neuen Heer.

Die Reichswehr.

Das Deutsche Reich bekommt ein neues Heer, genauer gesagt, es bekommt ein Heer oder eine Wehr, wie es genannt wird. Bisher besaß dieses Reich, streng genommen, keine deutschen Truppen, sondern preussische, bayerische, sächsische, württembergische, badische, hessische, medienburgische, hanseatische usw. Nun aber erhält Deutschland eine deutsche Reichswehr, deren Stärke von unsern Gegnern vorgezeichnet ist oder wird. Die Stärke ist gering, so daß bei der Aufstellung der neuen Truppenteile die Auflösung vieler alter Verbände unvermeidlich ist. Dadurch aber wird die Lebensdauer vieler Regimenter, die auf eine ehrenwürdige Vergangenheit zurückblicken konnten, unterbrochen. War mancher Truppenteil hört zu bestehen auf. Das kaiser-

liche Heer schwindet; nicht nur deshalb, weil der Feind an die Stelle des Kaiserreiches getreten ist, sondern auch aus dem Grunde, weil die Zahl der Truppenteile, die aus dem früheren Heere in die Reichswehr übernommen werden, nicht allzu groß ist. Das deutsche Heer wird künftig Überlieferungen im allgemeinen haben. Die Überlieferungen aber, die sich an bestimmte Regimenter knüpfen, werden, da viele dieser Regimenter nicht mehr sind, verhältnismäßig selten sein.

Am häufigsten und in der empfindlichsten Weise hat das französische Heer diesen Wandel an sich erfahren. Durch die vielen Staatsumwälzungen in Frankreich ist das französische Heer wiederholt von Grund aus umgestaltet worden. Das Heer namentlich, das in der großen Revolution geschaffen wurde, hatte mit dem kaiserlichen Heere nichts mehr gemein. Umfassend und tiefgehend waren auch die Änderungen, die nach dem Kriege von 1870/71 mit dem französischen Heere vorgenommen wurden. Abschließend ist die Um- oder Neubildung, die sich jetzt bei den deutschen Truppen vollzieht. Ein ungemein bemerkenswerter Unterschied bei diesem Vergleich ist aber der: die französische Republik stellte aus eigenem Antriebe ein viel größeres Heer auf, als es Napoleon der Dritte unter den Fahnen gehalten hatte; der deutsche Kaiserstaat aber darf, nach den ihm auferlegten Friedensbedingungen, nur über ein Heer verfügen, das weit schwächer ist als die Truppenmacht, die Deutschland als Kaiserreich besaß. Dazu kommt, daß Frankreich nach 1870 die allgemeine Wehrpflicht bei sich einführt, während Deutschland sie jetzt abschaffen muß. Mit Rücksicht darauf liegt es nahe, die jetzige Bildung der deutschen Reichswehr mit der Neubildung des preussischen Heeres nach dem Zusammenbruch von 1806 zu vergleichen. Damals mußte das preussische Heer bedeutend verringert werden und auch damals geschah dies auf Grund der Friedensbedingungen. 1806 änderte sich aber die Staatsform in Preußen nicht und deshalb blüht auch dieser Vergleich. Eines hat jedoch die Aufstellung der deutschen Reichswehr mit der Neubildung des preussischen Heeres nach 1806 gemein: viele Überlieferungen einzelner Truppenteile werden dabei zerstört. 1806 verlor Preußen das fredericianische Heer; 1920 verliert Deutschland das wilhelminische Heer.

In der Unterredung über den Krieg, die 1807 durch einen besonders dafür eingesehten Austausch vorgenommen wurde, fand auch die Frage eingehende Erörterung, welche Truppenteile als noch bestehend anzusehen seien. Man ging dabei sehr streng zu Werke. Alle Truppenteile wurden aufgelöst, die in die Gewalt des Feindes geraten waren und dabei ihre Feldzeichen eingebüßt hatten. Dagegen wurden die Truppenteile als weiterbestehend anerkannt und in das neue Heer übernommen, die der Gefangenhaft entgangen waren oder von denen sich Abteilungen mit den Feldzeichen gerettet hatten. So kam es, daß von dem alten Heere nur 7 Infanterieregimenter, 11 Kavallerieregimenter, 1 Feldartillerieregiment und 2 Bionierbataillone auch dem neuen Heere angehörten. Um von den Überlieferungen, die dadurch verloren gingen, manches zu retten, wurden unter Wilhelm dem Zweiten eine Anzahl von Truppenteilen Stiftungstage verliehen. Diese Truppenteile hatten entweder eine Zeilung nicht bestanden oder sie sollten die Träger der Überlieferungen von untergegangenen Truppenteilen darstellen.

Auch jetzt wird gar mancher Truppenteil durch seine Auflösung dem Untergange geweiht. Aber es wird nicht an Bemühungen fehlen, die Geschichte dieser verschwundenen Regimenter vor der Vergessenheit zu bewahren. Für diese Aufgabe sind die deutschen Truppen geeigneter als die französischen. Durch sieben Staatsumwälzungen ist das französische Heer ebenso oft umgestaltet worden. Die deutschen Truppen haben erst eine Staatsumwälzung hinter sich.

Letzte Nachrichten.

Auflösung von Marinebrigaden.

Berlin, 1. März. Die beiden Marine-Brigaden Ehrhard und Löwenfeld, die während des Krieges meist da Verwendung fanden, wo die Lage besonders ernst war und die sich militärisch auf das beste bewährt haben, werden infolge der Durchführung des Friedensvertrages auf Anordnung des Reichswehrministers am 10. März aufgelöst. Ein beträchtlicher Teil der Offiziere und Mannschaften wird in die Marine eingelefert.

Die Abfindung der Hohenzollern.

Berlin, 1. März. Der Verbandstag der sozialdemokratischen Bezirksorganisation Groß-Berlin sagte gegen die von Minister Dr. Südekum vertretene Vorlage über die Abfindung der Hohenzollern eine scharfe Protestresolution.

Terror in Italien.

Lugano, 1. März. In Stalen haben in den verschiedensten Orten die Arbeiter Fabriken besetzt und in eigene Verwaltung übernommen. Auch unter den Landarbeitern macht sich eine ähnliche Bewegung geltend.

Strasburger Sozialistenkongreß.

Strasburg, 1. März. Der Strasburger Sozialistenkongreß nahm eine Entschlieung gegen den Gewaltfrieden von Versailles an, den man als Saat zu einem neuen Weltkrieg und als Verewigung des Hasses bezeichnete. Die Mehrzahl der sozialistischen Mitglieder stimmten für die sofortige Annulierung der Friedensverträge von Versailles und St. Germain, sowie für die Einberufung einer Völkerinternationale.

Verantwortlich für die Schriftleitung: Otto Beck.

Anzeigen.

Rugholzversteigerung.

Am Donnerstag, den 4. März ds. Js., kommt an Ort und Stelle aus dem hiesigen Gemeindevwald, Distrikt Dickerstein, Hinzert und Kollstraße folgendes Holz zum Verkauf:

75 Eichenstämme 3r, 4r u. 5r Kl. 23,8 Ftm.
87 Eichenstangen 1r u. 2r Kl. 5,06 Ftm.
(Prima Wagnerholz)

Sammelplatz: 10 Uhr vormittags bei Gastwirt Hild — Hannes.

Kagenfurt, den 27. Februar 1920. 705

Der Vorsteher.

Bei der am Mittwoch, den 3. März stattfindenden

Holzersteigerung kommen noch

zirka 200 Fichtenstangen

zum Ausgebot.

707

Der Magistrat: Schramm.

Einladung.

Alle Mitglieder der Kreisbauernschaft werden zur diesjährigen

Generalversammlung

auf Mittwoch, den 3. März, morgens 9 Uhr, zu Herborn im „Rassauer Hof“ eingeladen.

Tagesordnung:

1. Berichterstattung der letzten Bezirksvertreter-Versammlung zu Limburg;
2. Rechnungsablage durch Rechner Jung;
3. Ergänzungswahl des Vorstandes;
4. Neuwahl des Ausschusses;
5. Vortrag des Dir. Janicaud;
6. Besprechung über die Errichtung einer Geschäftsstelle;
7. Festsetzung der Beiträge für 1920;
8. Verschiedenes.

Die Vorstandsmitglieder werden zu einer Besprechung auf 8 Uhr eingeladen. 687

Der Vorstand der Kreisbauernschaft: Hofmann.

Lehrling

für das Stadtbauamt gesucht.

Schriftliche Meldungen bis zum 10. d. Mts. erbeten.

Herborn, den 1. März 1920. 701

Der Magistrat.

Wir suchen für unsere Abteilung Brückenbau in Sterkrade eine größere Anzahl gelernte und ungelernete

Brückenschlosser und Schmiede

ferner:

Zuschläger, Hilfsarbeiter und Maschinenarbeiter für Scheren, Richtwalzen, Plattenrichten, Bohren, Pressen, im Alter von 21 bis 25 Jahren zum sofortigen Eintritt bei hohem Lohn.

Gelernte Leute haben ein vollständiges Lehrzeugnis vorzulegen. Unterkunft und Verpflegung gegen mäßige Vergütung in unseren eigenen Ledigenheimen. Den eingestellten Leuten werden die Fahrkosten 4. Klasse ersetzt.

Meldung unter Vorlage ordnungsmäßiger Papiere auf der Arbeiterannahme unserer Abteilung Sterkrade in Sterkrade (Rhld.), Hüttenstraße, Pfortnerhaus 1. 677

Gutehoffnungshütte,

Aktienverein für Bergbau u. Hüttenbetrieb.

Zeitungsaussträger

für unsere Zeitung per 1. April gesucht.

„Herborner Tageblatt“.

Mädchen

gegen hohen Lohn gesucht (680)

Frau Franz Fischer, Dillenburg, Hauptstr. 104.

Zuverlässiges, im Haushalt erfahrenes

Mädchen

gegen hohen Lohn und gute Behandlung zum 1. April gesucht. (679)

Frau W. Denninghoff, Siegen, Westanlage 30.

Besucht zu baldmög. Eintritt ein zuverlässiges, einfaches

Fräulein,

welches im Kochen u. Einmachen durchaus erfahren ist und gut nähen kann. Zweitm. vorh. Gehaltsansprüche und Zeugnisse erbeten an 702

Frau Fabrikbesitzer Fröh Weinbrenner, Reunkirchen b. Siegen.

Einfamilien-Bohnhaus

mit 6-8 Zimmern und Garten, möglichst allein stehend, in Herborn oder Umgegend zu mieten oder zu kaufen gesucht.

Angebote unter Nr. 688 an die Geschäftsst. ds. Bl.

Wilde Rosenstämmchen

kauft großen Posten.

Bewerber wollen sich bei mir melden. Zahle hoch er Preis. (688)

Chr. Carl Hoffmann, Gärtner.

Ich kaufe gegen Kasse zu höchsten Preisen:
Eisenschrott
Altmetalle
Lokomotiven
Motore
Maschinen
618 Behälter usw.
gebraucht oder neu.
Karl Brück,
Niederschelden, Sieg.

Stockholz.

Buchen, Eichen, Kiefern waggonw. lfd. gesucht. Angebote und Lieferzeit an

W. Wetter, 700 Holzhandlung, Kinzenbach, (Kr. Wehlau)

Wir suchen überall verlässliche

Häuser

mit und ohne Geschäft — Güter, Fabriken, Höfe, u. Landstellen, welche Unterbreitung an vorzügliche Käufer Beschäftigung

C. H. Hülse & Co., 703 Hannover.

Evang. Kirchenchor. Dienstag, abends 8 1/2 Uhr. Gesangstunde. (704)